



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

FONA
Forschung für Nachhaltige
Entwicklungen
BMBF

Wissenschaftsjahr 2012
Zukunftsprojekt
ERDE
Eine Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung

Konferenz Green Economy – ein neues Wirtschaftswunder?

4. – 5. September 2012, Berlin



FORSCHUNG



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung













Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



Konferenz Green Economy – ein neues Wirtschaftswunder?

4. – 5. September 2012, Berlin

Inhalt

Einführung	04
Eröffnung und Keynotes	08
Podiumsdiskussion	09
Workshop-Programm, 4. September 2012	10
Parallele Workshops zu Rahmenbedingungen	10
 A1 Finanzen	11
 B1 Produktion	12
 C1 Arbeit	13
 D1 Konsum	14
Parallele Workshops zu Forschungsfragen	15
 A2 Finanzen	15
 B2 Produktion	16
 C2 Arbeit	17
 D2 Konsum	18
Workshop-Programm, 5. September 2012	19
Parallele Workshops	19
 I Energie/Klima	20
 II Ressourcen	21
 III Wohlstand/Gerechtigkeit	22
 IV Governance	23
Green Economy aus Sicht der Konferenzpartner	24
Bilder der Green Economy	25
Programmübersicht	36
Lageplan	38

Einführung

Green Economy war zentrales Thema des Umweltgipfels Rio+20. Doch was kommt danach? Green Economy ist vor allem eins: Eine Chance für wirtschaftliche Entwicklung, Armutsbekämpfung und Umweltschutz weltweit, aber besonders auch für Deutschland. Die OECD nennt unser Land das „Labor für grünes Wachstum“. Wie kann die Green Economy einen Schub für nachhaltiges Wachstum auslösen? Auf welche Innovationsfelder sollen wir setzen? Welche Rahmenbedingungen beschleunigen die Umsetzung? Für die Konferenz „Green Economy – Ein neues Wirtschaftswunder?“ haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) ihr Leitbild für eine Green Economy formuliert und den für die Erreichung dieses Ziels notwendigen Prozess skizziert.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Leitbild Green Economy

Unser Leitbild ist eine international wettbewerbsfähige, umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaft. Unser Konzept einer *Green Economy* verbindet Ökologie und Ökonomie positiv miteinander, steigert die gesellschaftliche Wohlfahrt, bekämpft Armut und strebt soziale Gerechtigkeit an. Auf Basis eines umfassenden Verständnisses der Zusammenhänge in Wirtschaft, Finanzwesen und Politik sollen vor dem Hintergrund anerkannter ökologischer Grenzen ein umweltverträgliches, qualitatives und somit nachhaltiges Wachstum ermöglicht, sowie die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz des Standorts Deutschlands gestärkt werden.

In einer *Green Economy* werden ökologische und soziale Auswirkungen reflektiert und Umweltschäden und Risiken sowie deren gesellschaftliche Folgen bei wirtschaftlichen Entscheidungen angemessen berücksichtigt. Nur der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Beachtung der Tragfähigkeit der Ökosysteme (Planetary Boundaries) sichert langfristig die Möglichkeit einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft. Beides sind wichtige Voraussetzungen für den Schutz der Umwelt.

Agenda-Prozess Green Economy

Es ist notwendig, die bestehenden Konzepte der *Green Economy* vor dem Hintergrund von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen sowie kurz- und langfristigen Nachhaltigkeits- und Umweltzielen aber auch Gefahren weiterzuentwickeln. Dieses Ziel verfolgt der geplante Agendaprozess des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), mit einem Schwerpunkt auf dem Beitrag von Wissenschaft und Forschung zur *Green Economy*. Mit dem Agendaprozess wird nach „Rio+20“ die Diskussion weitergeführt. Deutschland soll im internationalen Kontext seine Chancen ausbauen, die eine *Green Economy* bietet. Dabei müssen wir uns jedoch der Verantwortung stellen, dass wir mit Produktion und Lebensweise nicht zu Lasten Dritter oder zukünftiger Generationen leben und wirtschaften.

Der Agendaprozess bezieht Perspektiven der Wirtschaft, der Wissenschaft und gesellschaftlicher Gruppen ein. Dabei werden alle Felder wirtschaftlichen Handelns in Deutschland und im internationalen Kontext betrachtet: Finanzen, Arbeit, Produktion und Konsum. Durch das Zusammenwirken der beteiligten Stakeholder in den jeweiligen Handlungsfeldern sollen deren unterschiedliche Bilder der *Green Economy* einander gegenübergestellt und gemeinsam Wissenslücken identifiziert werden (*Green Economy* aus Sicht der Konferenzpartner ab Seite 24). Daraus sollen die zentralen Forschungsfragen für neues, nachhaltiges Wirtschaften und Verbesserungspotenziale innovationsrelevanter Rahmenbedingungen und Instrumente sowie Governance-Fragen abgeleitet werden. BMBF plant hierfür eine **Neujustierung der Forschungsförderung** im Rahmenprogramm Forschung für nachhaltige Entwicklungen (FONA), aus der sich konkrete neue Forschungsschwerpunkte im ökonomischen, technologischen und gesellschaftlichen Bereich ableiten lassen.

BMU wird die Anregungen aus dem Agendaprozess aufnehmen und in die weitere Ausgestaltung von Rahmenbedingungen für eine *Green Economy* einfließen lassen. Um die in Teilen begonnene Transformation zu einer *Green Economy* weiter voranzubringen, ist die weitere Ausgestaltung des Ordnungsrahmens erforderlich. Er ist so fortzuentwickeln, dass Umweltschäden vermieden werden, vor allem indem zunehmend externe Kosten der Umweltverschmutzung, des Ressourceneinsatzes und der Beeinträchtigung des Naturkapitals verursachergerecht eingepreist sowie umweltschädliche Subventionen kontinuierlich abgebaut werden. Mit dem Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft hat Deutschland dafür gute Voraussetzungen. Die Lern- und Anpassungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft, ihre „offene evolutionäre Ordnung“, aber auch ihr Modell der Teilhabe und ihre beträchtlichen Erfolge bei der sozialen Sicherung bieten gute Voraussetzungen für die Transformation zu einer *Green Economy* und damit für eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Konferenz „*Green Economy – ein neues Wirtschaftswunder?*“ vom 4. – 5. September 2012 ist der Start des Agendaprozesses. Gemeinsam mit Stakeholdern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft wollen das BMBF und das BMU den Prozess gestalten. Mit diesem Vorgehen sollen sowohl die deutsche Wirtschaft als auch die Gesellschaft bestmöglich bei der anstehenden Transformation hin zur *Green Economy* unterstützt werden.

Konferenz *Green Economy – ein neues Wirtschaftswunder?*

Die Konferenz *Green Economy* als Startpunkt des Agendaprozesses wird vom BMBF gemeinsam mit BMU und weiteren Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und NGOs veranstaltet.

Auf der Konferenz sollen für die vier Handlungsfelder Finanzen, Arbeit, Produktion und Konsum die Stakeholder aus ihrer jeweiligen Sichtweise Treiber, Hindernisse und Wissenslücken für eine *Green Economy* herausarbeiten und damit ein Anforderungsprofil an die Forschung erstellen. Im Dialog mit der Wissenschaft werden daraus die Forschungsfragen für gesellschaftliche und technologische Forschung abgeleitet sowie ggf. Anforderungen an eine Änderung von Rahmenbedingungen.

Um den inhaltlichen Debatten auf der Konferenz eine Struktur geben zu können, sollten die Workshops zu den einzelnen Themenfeldern folgende Leitfragen berücksichtigen:

Übergeordnete Fragen:

- Wo bestehen Wissenslücken, die für das Gesamtsystem einer funktionierenden *Green Economy* relevant sind?
- Wo sind die Stärken in Deutschland, die weiter ausgebaut werden sollten?
- Wo ist größtes Innovationspotenzial?
- Wie kann der Transformationsprozess in Deutschland und international finanziert werden?
- Inwieweit müssen die derzeitige Wirtschafts-, Schulden- und Finanzkrise bzw. die Entwicklung der Finanzmärkte bei der Transformation zur *Green Economy* berücksichtigt und in Lösungsstrategien mit aufgenommen werden?
- Was zeichnet beispielhafte Unternehmensstrategien und Geschäfts- und Finanzierungsmodelle in einer *Green Economy* aus?
- Wie können „grüne Wertschöpfungspotenziale“ in Deutschland und weltweit realisiert werden?
- Welche Implikationen haben die Erkenntnisse aus der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität?

Energie/Klima:

- Wie kann langfristig eine ausschließlich auf erneuerbaren Energien basierte Energieversorgung erreicht werden?
- Wie können schädliche Emissionen und Schadstoffeinträge in die Umwelt vermieden werden?
- Wie können Energieeinsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden?
- Welche gesellschaftlichen Prozesse sind für das Gelingen der Energiewende in Deutschland erforderlich?

Ressourcen:

- Wie kann im Einklang mit Natur und Umwelt agiert und dabei die biologische Vielfalt sowie Ökosysteme und ihre Leistungen erhalten und wiederhergestellt werden?
- Wie können knappe nicht-erneuerbare Ressourcen durch nachhaltig erzeugte erneuerbare Ressourcen kontinuierlich ersetzt werden?
- Welches sind die tatsächlichen Hemmnisse für die Schließung von Stoffkreisläufen und wie können diese überwunden werden?
- Wie kann eine noch effizientere Nutzung von Energie, Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen erreicht werden?
- Welche ungelösten technologischen Herausforderungen gibt es (z. B. Ressourceneffizienz, nachhaltige Landnutzung, nachhaltiges Wassermanagement, nachhaltige Energiewirtschaft)?

Wohlstand/Gerechtigkeit:

- Welche Anreize sollten für nachhaltiges (wirtschaftliches) Verhalten gesetzt werden?
- Wie kann das Leitbild einer *Green Economy* in Wirtschaft und Gesellschaft verankert werden (z. B. durch Förderung des Umweltbewusstseins)?
- Wie kann qualitatives Wachstum vom Verbrauch natürlicher Ressourcen entkoppelt werden?
- Wie können die Kosten und Risiken der Transformation möglichst gering gehalten werden?
- Wie kann die Transformation sozial gerecht gestaltet werden?
- Wie können Arbeitsplätze in Deutschland mittels einer *Green Economy* gesichert werden?
- Was sind die besten Indikatoren für *Green Economy*?

Governance:

- Wie sollten die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen ausgestaltet werden, damit die weitere Entwicklung in Richtung einer *Green Economy* gefördert und Investitionen und Innovationen ausgelöst werden?
- Wie kann eine erfolgreiche Transformation in Deutschland und Europa unter den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs um Investitionen, Produkte und Dienstleistungen erfolgen?
- Welche beratenden und fördernden Instrumente werden gebraucht, um einen schnelleren Umstieg in die *Green Economy* anzuregen und zu unterstützen?
- Wie kann das Wirtschaftssystem resilienter gegen Krisen werden und welchen Beitrag soll/kann der Staat dazu leisten?
- Wie können Bürgerinnen und Bürger am Transformationsprozess beteiligt werden?
- Welchen Beitrag können Bund, Länder und Gemeinden leisten, um als Verbraucher und Investoren nachhaltiges Wirtschaften zu befördern?
- Welche Bedeutung haben öffentlich-rechtliche Unternehmen bei der Beförderung von *Green Economy*?

Green Economy als Orientierungsrahmen für die Transformation der Wirtschaft

Green Economy weist die Richtung der Transformation, in die sich die Wirtschaft angesichts von Megatrends (v. a. Globalisierung, Bevölkerungswachstum/Demografie, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Verlust von Lebensräumen und Artenvielfalt) unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung entwickeln soll.

Die *Green Economy* bedenkt die sozialen Aspekte und Folgen des Wandels mit. Bei der Transformation in Richtung einer *Green Economy* ist eine umfassende ökologische Modernisierung der gesamten Wirtschaft und ihrer Sektoren in den Blick zu nehmen, insbesondere hinsichtlich Ressourcenverbrauch, Emissionsreduktion, Steigerung von Energie- und Rohstoffproduktivität, Produktgestaltung sowie der entsprechenden Umstellung von Wertschöpfungsketten, wobei Wechselwirkungen berücksichtigt werden. Die Förderung von Umweltinnovationen ist somit zentral, wobei neben technischen auch organisatorische und soziale Innovationen für den Übergang zu einer *Green Economy* erforderlich sind. Dies stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit, erhöht die Widerstandsfähigkeit gegenüber steigenden oder stark schwankenden Rohstoffpreisen und schafft die Grundlage für umweltverträgliches Wachstum.

Grundsätzlich gilt: Die Realisierung der *Green Economy* erfordert veränderte, nachhaltige und die Megatrends berücksichtigende Produktions- und Konsumweisen, damit auch weltweit und für kommende Generationen Wohlstand und eine hohe Lebensqualität gesichert werden können. Es müssen Anreize entwickelt werden, damit Wirtschaftsakteure bei ihren Investitionen, beim Konsum und bei weiteren Entscheidungen und Aktivitäten eine Perspektive entwickeln, die den Blick über eine Generation und über die Region hinaus einnimmt, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und das wirtschaftliche Leistungsvermögen fördert. Dies bedeutet Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung und ein konkretes Handlungskonzept für alle Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft auf den Güter-, Arbeits- und Finanzmärkten, angebots- wie nachfrageseitig.

Der Staat muss diese Verantwortungs- und Handlungskonzepte auf allen Ebenen durch entsprechende Maßnahmen rechtlicher, organisatorischer, beratender und fördernder Instrumente anregen und unterstützen. Der Staat lässt dabei soviel Markt, Wettbewerb und Spielraum für individuelle Kreativität wie möglich. So können die Chancen und Potenziale der *Green Economy* durch die Kreativität des Marktes noch schneller und besser erschlossen werden.

Eröffnung und Keynotes

Eröffnung

4. September 2012, 10:15 – 12:00, Halle F, ewerk



Annette Schavan
Bundesministerin für
Bildung und Forschung

*Green Economy – ein neues
Wirtschaftswunder?*



Peter Altmaier
Bundesminister für Umwelt,
Naturschutz und Reaktor-
sicherheit

*Green Economy – eine Strategie
für nachhaltiges Wachstum*

Keynotes

4. September 2012, 10:15 – 12:00, Halle F, ewerk



Barbara Kux
Mitglied des Vorstands der
Siemens AG

*Green Economy – Chancen für
Deutschland*



Jeremy Rifkin
The Foundation on
Economic Trends (USA)

*How Germany is Leading the
Way to a Third Industrial
Revolution*

4. September 2012, 18:00 – 18:30, Halle F, ewerk



Achim Steiner
Exekutivdirektor UNEP

Green Economy nach Rio+20

5. September 2012, 09:00 – 09:30, Halle F, ewerk



Ottmar Edenhofer
stellv. Direktor und
Chefökonom PIK

*Die Atmosphäre als Global
Common: Von der Tragödie
zum Drama*

Moderation



Monika Seynsche
Wissenschaftsjournalistin

Podiumsdiskussion

5. September 2012, 11:30 – 12:30, Halle F, ewerk



Georg Schütte
Staatssekretär im BMBF



Max Schön
Unternehmer,
Vorsitzender Stiftung 2 Grad



Gerd Billen
Vorstand Verbraucher-
zentrale Bundesverband



Detlef Wetzel
2. Vorsitzender der IG Metall



Ottmar Edenhofer
stellv. Direktor und
Chefökonom des PIK



Angelika Zahrnt
Ehrenvorsitzende des BUND



Peter Höppe
Munich Re, Ko-Vorsitzender,
„Finanzforum: Klimawandel“

Workshop-Programm


4. September 2012

Parallele Workshops zu Rahmenbedingungen 13:30 – 15:00

 **A1 Finanzen**
Ort: Halle F1, ewerk

 **B1 Produktion**
Ort: Halle F2, ewerk

 **C1 Arbeit**
Ort: Halle C, ewerk


 **D1 Konsum**
Ort: Skylounge, ewerk

Parallele Workshops zu Forschungsfragen 15:30 – 17:00

 **A2 Finanzen**
Ort: Halle F1, ewerk

 **B2 Produktion**
Ort: Halle F2, ewerk

 **C2 Arbeit**
Ort: Halle C, ewerk

 **D2 Konsum**
Ort: Skylounge, ewerk

€ A1 Finanzen

Organisation:

Finanz-Forum
KLIMAWANDEL



bankenverband



Datum: 04. September 2012

Zeit: 13:30 – 15:00

Ort: Halle F1, ewerk

Übergeordnetes Ziel des Workshops ist es, Rahmenbedingungen für die Bereiche Finanzierung und Versicherung in einer *Green Economy* zu diskutieren. Es geht darum, herauszuarbeiten, worin das eigentliche Aufgabenfeld der Finanzdienstleister im Kontext einer *Green Economy* liegt.

Dazu wird betrachtet, welchen Beitrag Kreditinstitute, Versicherer, Asset-Manager und weitere Finanzdienstleister im Rahmen ihrer jeweiligen spezifischen Geschäftsfelder zu einer beschleunigten Generierung und Diffusion von Innovationen für eine *Green Economy* leisten können. Hemmnisse, Zielkonflikte und offene Fragen werden aus Sicht der Finanzdienstleister, der Kunden, der Politik und weiterer Stakeholder beleuchtet. Für die Versicherungswirtschaft werden sowohl die Risiken, die sich etwa aus den Folgen des Klimawandels ergeben, als auch die Chancen für die Unterstützung von Beiträgen zum Klimaschutz diskutiert. In einem weiteren Schwerpunkt wird u.a. betrachtet, was Kreditinstitute heute zur Finanzierung von innovativen Unternehmen, Projekten und Infrastrukturen für Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz, Energiewende und Biodiversität auf nationaler und auch internationaler Ebene leisten und welche spezifischen aktuellen und prinzipiellen Herausforderungen sie dabei sehen.

Dabei wird auch darauf eingegangen, was die Anforderungen an den Finanz- und Versicherungssektor sind, um die notwendigen nachhaltigen Investitionen auf den Weg zu bringen und welche Rahmensetzungen essentiell sind, um diese Investitionen wahrscheinlich zu machen.

Workshop Moderation

Wagner, Bernd

Sprecher des Vorstands VfU, Vorstand des Wissenschaftszentrum Umwelt an der Universität Augsburg

Impulsvorträge

Die Potenziale der Versicherungswirtschaft zur Unterstützung des Ausbaus der Green Economy

Höppe, Peter

Munich Re, Ko-Vorsitzender
„Finanz-Forum: Klimawandel“

Green Economy und Energiewende:

Möglichkeiten und Grenzen der Kreditwirtschaft

Krautscheid, Andreas

Staatsminister a.D., Mitglied der
Hauptgeschäftsführung des Bankenverbandes

Resonanz zwischen Politik, Wirtschaft, Investoren und Zivilgesellschaft aufbauen für die notwendigen Investitionen der Energiewende

Bals, Christoph

Germanwatch, Politischer Geschäftsführer

Podiumsdiskussion

Höppe, Peter

Munich Re, Ko-Vorsitzender
„Finanz-Forum: Klimawandel“

Krautscheid, Andreas

Staatsminister a.D., Mitglied der
Hauptgeschäftsführung des Bankenverbandes

Bals, Christoph

Germanwatch, Politischer Geschäftsführer

Netzel, Werner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Holz, Felix

Vice President Expertenteam Greentech
Deutsche Bank AG

B1 Produktion

Organisation:



Datum: 04. September 2012

Zeit: 13:30 – 15:00

Ort: Halle F2, erwerk

Der Workshop „Produktion“ hat sich zum Ziel gesetzt, die dafür geltenden aktuellen Rahmenbedingungen in der Produktion an Fallbeispielen aus ausgewählten Unternehmen zu beleuchten, zu bewerten und anschaulich zu vermitteln. Hierzu zählen unter anderem Vorgaben zu Energie- und Ressourceneffizienz sowie zur Kreislaufwirtschaft. Als Ergebnis sollen Möglichkeiten und Grenzen für nachhaltiges Wirtschaften aufgezeigt und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

Workshop Moderation

Bardt, Hubertus

Institut der Deutschen Wirtschaft (IW)

Impulsvorträge

Energieeffiziente Produkte und Technologien in der Luft- und Antriebstechnik

Mettler, Markus

ebm-papst Mulfingen GmbH & Co. KG,
Technischer Betriebsleiter

Schlüsseltechnologien als Schrittmacher einer Green Economy

Rosenbauer, Wolfgang

NXP-Semiconductors Germany GmbH,
Generalbevollmächtigter

Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen in der Chemischen Industrie

Müller-Neumann, Markus

BASF SE

Stahl – Schlüsselwerkstoff für Innovationen und Effizienz

Dahlmann, Peter

Stahlinstitut VDEh und Wirtschaftsvereinigung
Stahl im Stahl-Zentrum Düsseldorf

Bedeutung effizienter Produkte und Verfahren für den Mittelstand

Schwake, Michael

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), stellv.
Abteilungsleiter Umwelttechnik

C1 Arbeit

Organisation:



Datum: 04. September 2012

Zeit: 13:30 – 15:00

Ort: Halle C, ewerk

Der Workshop beschäftigt sich mit den Rahmenbedingungen der Arbeit in der *Green Economy*. Er geht ausgehend von der Definition des Green Jobs-Konzepts den folgenden Fragen nach: In welchen Bereichen lassen sich *Green Economy* und deren Arbeitsplätze finden? Wie kann der konzeptionelle Dualismus zwischen „grünen“ und „nicht grünen“, d. h. klassischen Jobs überwunden werden? Wie stellt sich ein integrierter Ansatz entlang der gesamten Wertschöpfungskette dar? Wie verändern sich die Arbeitsinhalte in allen – auch den nicht als „grün“ definierten – Branchen durch die ökologische Modernisierung von Produktion und Dienstleistungen? Daneben wird das Thema der Anpassung der Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für eine tragfähige Transformation zu einer *Green Economy* einen breiten Raum einnehmen, insbesondere auch mit Blick auf die Akteure: Wie können Staat, Aus- und Weiterbildungsträger sowie die Sozialpartner zusammenarbeiten, um auf die *Green Economy* ausgerichtete Inhalte in Aus- und Weiterbildungsprogramme zu integrieren? Uwe Wötzel und Yasmin Fahimi thematisieren aus gewerkschaftlicher Sicht vor allem die folgenden Fragen: Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um die ökologische Modernisierung der Wirtschaft mit dem Ziel der Schaffung „grüner und guter Arbeit“ zu verbinden? Welche unterschiedlichen Anforderungen entstehen hieraus für den Dienstleistungssektor und die Industrie? Welche Rolle spielen die Mitbestimmung und betriebliche Interessenvertretung in den Unternehmen der *Green Economy*?

Dr. Marlene Schubert wird auf den folgenden Aspekt einen Schwerpunkt legen: Erfahrungen mit den Potentialen und Grenzen der Beschäftigungseffekte der *Green Economy* am Beispiel der Förderung der energetischen Gebäudesanierung im Handwerk.

Workshop Moderation

Ganz, Walter

Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO, Institutsdirektor

Impulsvorträge

Ist die Green Economy eine Schimäre?

Wilkens, Jochen

Arbeitgeberverband für die Chemische Industrie in Norddeutschland (ChemieNord),
Hauptgeschäftsführer

Green Jobs im Handwerk – Das Beispiel der energetischen Gebäudesanierung“

Schubert, Marlene

Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH),
Abteilung Arbeitsmarkt, Tarifpolitik
und Arbeitsrecht

Wötzel, Uwe

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di),
Gewerkschaftssekretär für Umweltpolitik im
Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundes-
verwaltung

*Zielkonflikte einer nachhaltigen Betriebspolitik und
Zielharmonisierung in einer modernen Industrie*

Fahimi, Yasmin

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
(IG BCE), Ressortleitung Politische Planung und
Projektleiterin Gute Arbeit

D1 Konsum

Organisation:



Datum: 04. September 2012

Zeit: 13:30 – 15:00

Ort: Skylounge, ewerk

In diesem Workshop werden die geeigneten Rahmenbedingungen für „Green Consumption“ innerhalb einer *Green Economy* im Spannungsfeld von Unternehmen und Konsumenten diskutiert.

Der Workshop wird sich in erster Linie mit folgenden Leitfragen befassen: Was bedeutet Konsum in unserer Gesellschaft und im Vergleich dazu in den Schwellen- und Entwicklungsländern? Welche Rolle spielen Konsum und seine Verknüpfungen zu den am Markt angebotenen Produkten und Dienstleistungen im Rahmen einer *Green Economy*? Welcher politischen Rahmensetzungen und ökonomischen und technischen Anreize bedarf es? Haben Konsumentinnen und Konsumenten die Chance, diesen Markt zu überblicken und damit die Voraussetzung für einen Beitrag zu „Green Consumption“ zu leisten? Können sie Nachhaltigkeitsqualität von Green Washing und billiger Massenware unterscheiden? Wer sind die Vorbilder für eine zukunftsfähige, mutige *Green Economy*?

Workshop Moderation

Grißhammer, Rainer

Öko-Institut e.V., Mitglied der Geschäftsführung

Impulsvorträge

25 Jahre Handel(n) für Nachhaltigkeit – Ein globaler Händler als Mittler zwischen Produktion und Verbrauch

Heller, Michael

OTTO-Vorstand Einkauf und Vertrieb

Green Economy aus Konsumentensicht:

Erfolgsindikatoren und Stolpersteine

Müller, Klaus

Vorstand der Verbraucherzentrale NRW

€ A2 Finanzen

Organisation:

Finanz-Forum
KLIMAWANDEL



bankenverband



Datum: 04. September 2012

Zeit: 15:30 – 17:00

Ort: Halle F1, ewerk

Dieser Workshop hat zum Ziel, Forschungsfragen in den Bereichen Finanzierung und Versicherung für die Entwicklung einer *Green Economy* abzuleiten. Inhaltliche Impulse werden hier zu den Themenfeldern Unternehmensfinanzierung und Kapitalmarkt gegeben. Es wird zum einen diskutiert, welche ökonomischen Forschungsfragen sich aus der Perspektive des Finanzsektors stellen. Vor dem Hintergrund möglicher Zielkonflikte wird zum anderen gefragt, welche Forschungsfragen sich aus der Perspektive von Politik und verschiedenen Stakeholdern mit Blick auf den Finanzsektor stellen.

Dabei wird auch darauf eingegangen, ob Transparenz und Partizipation eine Hürde oder eine Voraussetzung für die im Kontext der *Green Economy* notwendigen Investitionen sind.

Workshop Moderation

V. Flotow, Paschen

Sustainable Business Institute (SBI)

Impulsvorträge

Von der Schwierigkeit, private und öffentliche Investoren zu koordinieren

Schiereck, Dirk

TU Darmstadt,

Lehrstuhl Unternehmensfinanzierung

Nachhaltiges Wirtschaften und wirtschaftlicher Erfolg: Ein Widerspruch?

Schröder, Michael

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Frankfurt School

Podiumsdiskussion

Höppe, Peter

Munich Re,

Ko-Vorsitzender „Finanz-Forum: Klimawandel“

Krautscheid, Andreas

Staatsminister a.D., Mitglied der

Hauptgeschäftsführung des Bankenverbandes

Bals, Christoph

Germanwatch,

Politischer Geschäftsführer

Schiereck, Dirk

TU Darmstadt,

Lehrstuhl Unternehmensfinanzierung

Schröder, Michael

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Frankfurt School

Wagner, Bernd

Sprecher des Vorstands VfU, Vorstand des

Wissenschaftszentrum Umwelt an der Universität Augsburg

Krummrich, Klaus

Sparkassenfinanzgruppe e.V., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

B2 Produktion

Organisation:



Datum: 04. September 2012

Zeit: 15:30 – 17:00

Ort: Halle F2, ewerk

In diesem Workshop liegt der Fokus auf Forschungsfragen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Prozess einer *Green Economy*. Ausgewählte Unternehmen stellen innovative Lösungen in den Bereichen Energie- und Ressourceneffizienz sowie zur Kreislaufwirtschaft vor. Dabei wird das vorgestellte Spektrum an Innovationen möglichst unterschiedliche und komplementäre Bereiche umfassen. Hierzu zählen beispielsweise innovative Konzepte in der Produktion, bei Materialbezug und Geschäftsmodellen.

Workshop Moderation

Jacobs, David
IASS-Potsdam

Impulsvorträge

Energie- und Rohstoffeinsparung bei der Zementherstellung

Möller, Hendrik
Celitement GmbH

Einsparung und Recycling von Metallrohstoffen im Produktionsprozess

Leder, Roland
Aleris Recycling GmbH

Forschung und Innovation für Green Leadership - alternative Antriebssysteme und nachhaltige Mobilitätskonzepte

Reimelt, Dirk
Daimler AG, Senior Manager Business Innovation

Energierückgewinnung für industrielle Prozesse

Uitz, Karsten
SIMAKA Energie- und Umwelttechnik GmbH,
Geschäftsführer

Technologieförderung der DBU zur Effizienzsteigerung im Mittelstand

Schwake, Michael
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), stellv.
Abteilungsleiter Umwelttechnik

C2 Arbeit

Organisation:



Datum: 04. September 2012

Zeit: 15:30 – 17:00

Ort: Halle C, ewerk

Der Workshop verfolgt das Ziel, Forschungsfragen zum Thema Arbeit in der *Green Economy* zu entwickeln.

Dabei wird es zum einen um die Frage gehen, wie sich anknüpfend an die Definition eines integrierten Green Job-Konzeptes die Datenbasis so erweitern lässt, dass auch Transformationsprozesse in „klassischen“ Wirtschaftszweigen erfasst werden können. Zum anderen soll erörtert werden, wie sich das integrierte Konzept grüner Beschäftigung in der Forschung operationalisieren lässt. Es sollen auch die Forschungslücken betrachtet werden, die sich mit Blick auf die verschiedenen Sektoren, vor allem auch hinsichtlich des Dienstleistungsbezugs, gegenwärtig erkennen lassen.

Dr. Martin Beckmann und Dr. Constanze Kurz werden aus gewerkschaftlicher Perspektive einen besonderen Schwerpunkt auf folgende Fragen legen: Wie muss eine begleitende Arbeitsforschung des Transformationsprozesses angelegt sein, um den Pfad einer „High Road“-Entwicklung der *Green Economy* zu unterstützen (im Sinne der Förderung Guter Arbeit)? Wie müsste ein Monitoringsystem aussehen, das den Umsetzungsprozess des sozial-ökologischen Wandels überwacht, Qualifikationsbedarfe frühzeitig identifiziert und Warnmeldungen bei erkennbaren Fehlentwicklungen generiert?

Workshop Moderation

Ganz, Walter

Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO, Institutsdirektor

Impulsvorträge

Perspektiven einer Dienstleistungsforschung für gute Arbeit und den sozial-ökologischen Umbau

Beckmann, Martin

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Gewerkschaftssekretär für Dienstleistungspolitik im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung

Arbeit im industriellen Strukturwandel: Herausforderungen und Reformperspektiven für die Forschungsförderung

Kurz, Constanze

IG Metall Vorstand, Ressort Branchenpolitik/Handwerk

MINT-Engpässe und Umweltschutz: die Bedeutung der Förderung naturwissenschaftlich-technischer Qualifikationen zur Umsetzung ökologischer Ziele

Plünnecke, Axel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Stellv. Leiter des Bereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik, Leiter des Kompetenzfelds Humankapital und Innovationen

Ganzheitliches „Greening of the economy“ unterstützen statt Verengung auf „Green Jobs“

Wilhelm, Alexander

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Stellv. Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt

D2 Konsum

Organisation:



Datum: 04. September 2012

Zeit: 15:30 – 17:00

Ort: Skylounge, ewerk

In diesem Workshop wird diskutiert, welche technologischen und sozialen Innovationen die Entwicklung der „Green Consumption“ befördern und Zielkonflikte zwischen Unternehmen, Bürgern und Konsumenten positiv beeinflussen können.

Der Workshop wird sich in erster Linie mit folgenden Leitfragen befassen: Lässt sich die Qualität von Konsum in unserer Wohlstandsgesellschaft neu definieren? Welche Fragen von Sozialer Dimension und Gerechtigkeit spielen eine Rolle bei nationaler und internationaler Betrachtung? Welche Anforderungen werden an die Verantwortung der Konsumenten für eine Große Transformation gestellt? Wo liegen die Herausforderungen für ein neues Denken von Unternehmensverantwortung und Konsumqualität? Wie steht es um die Transparenz im Konsumgütermarkt?

Workshop Moderation

Grißhammer, Rainer

Öko-Institut e.V., Mitglied der Geschäftsführung

Impulsvorträge

Zur Verantwortung des Konsumenten in der globalen Marktwirtschaft

Heidbrink, Ludger

Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI)

Forschungsperspektive Nachhaltiger Konsum: Spannungsfeld zwischen strukturellen Rahmenbedingungen und individuellen Entscheidungen

Schäfer, Martina

TU Berlin, Co-Director Center for Technology and Society

Workshop-Programm

5. September 2012

Parallele Workshops

09:30 – 11:30



I Energie/Klima

Ort: Halle F1, ewerk



II Ressourcen

Ort: Halle F2, ewerk



III Wohlstand/Gerechtigkeit

Ort: Skylounge, ewerk



IV Governance

Ort: Halle C, ewerk

I Energie/Klima

Datum: 05. September 2012

Zeit: 09:30 – 11:30

Ort: Halle F1, erwerk

Reduktion der CO₂-Emissionen in Europa um 20% bis 2020, Einhaltung des 2°-Ziels, Ausstieg aus der Atomkraft, 80% der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien bis 2050. Die politischen Ziele im Bereich Energie/Klima für eine *Green Economy* sind bereits formuliert. Jetzt geht es um die technologische und gesellschaftliche Umsetzung dieser Ziele. Dort sind immer noch viele Fragen offen, die vom effizienten Umgang mit Energie bis zur umweltschonenden und gesellschaftlich akzeptierten Erzeugung und Verteilung reichen. Der Workshop soll die wichtigsten offenen Fragen und Trends an den Schnittstellen von Produktion, Arbeit, Konsum und Finanzen identifizieren und daraus Themen für die Forschung und Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen ableiten.

Workshop Moderation

Hauser, Gerd

Fraunhofer-Institut für Bauphysik IBP,
Institutsleiter

Impulsvorträge

*B.A.U.M. Zukunftsfonds – eine Alternative zur
Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen*

Oldeland, Martin

B.A.U.M. e.V., Mitglied des Vorstands

*Klimaschutz und Energiewende als lokale
Wirtschaftsförderung*

Mönninghoff, Hans

Wirtschafts- und Umweltdezernent der
Landeshauptstadt Hannover

II Ressourcen

Datum: 05. September 2012

Zeit: 09:30 – 11:30

Ort: Halle F2, ewerk

Die Frage nach den verfügbaren Ressourcen ist unmittelbar verknüpft mit der Frage nach den Grenzen unserer Ökosysteme. Es geht um die Knappheit von Quellen und Senken, damit verbundene Umweltbelastungen und den Verlust der Artenvielfalt. Übergreifendes Ziel für eine *Green Economy* ist die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch. Ansatzpunkte liefern die Ressourceneffizienz, die Substitution von kritischen Rohstoffen, das Schließen von Stoffkreisläufen und das nachhaltige Management von Land, Wasser und Energie. Der Workshop soll die wichtigsten offenen Fragen und Trends an den Schnittstellen von Produktion, Arbeit, Konsum und Finanzen identifizieren und daraus Themen für die Forschung und Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen ableiten.

Workshop Moderation

Faulstich, Martin

Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU)

Impulsvorträge

Ressourceneinsparung durch den Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen

Rarbach, Markus

Clariant Produkte (Deutschland) GmbH

Rohstoff Elektroaltgerät - ein Baustein zur nachhaltigen Rohstoffsicherung

Fröhlich, Georg

Electrocycling GmbH, Geschäftsführer

III Wohlstand/Gerechtigkeit

Datum: 05. September 2012

Zeit: 09:30 – 11:30

Ort: Skylounge, ewerk

Nur wenn es gelingt, unseren Wohlstand mit deutlich reduziertem Ressourceneinsatz zu realisieren, ist Wohlstand und Gerechtigkeit im internationalen Kontext überhaupt möglich. Die dazu nötige Transformation erfordert auch in der deutschen Gesellschaft vielfältige Veränderungen, deren soziale Auswirkungen in vielen Punkten noch unklar sind. Es geht darum die richtigen Anreize zu setzen und die erforderlichen Investitionen und Kosten für den Umbau gerecht zu verteilen. Vor allen Dingen müssen die Chancen, die sich aus der *Green Economy* für die Wirtschaft und unsere Umwelt ergeben klar adressiert und kommuniziert werden. Der Workshop soll die wichtigsten offenen Fragen und Trends an den Schnittstellen von Produktion, Arbeit, Konsum und Finanzen identifizieren und daraus Themen für die Forschung und Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen ableiten.

Workshop Moderation

Schneidewind, Uwe

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie,
Präsident und wissenschaftlicher
Geschäftsführer

Impulsvorträge

*Die Bedeutung von Fairness und Gerechtigkeit
für die grüne Transformation*

Messner, Dirk

WBGU, stellv. Vorsitzender

*Green Economy und Nachhaltigkeit –
Was bedeutet das?*

Müller, Michael

Deutscher Naturschutzring,
Enquete-Kommission Wachstum,
Wohlstand, Lebensqualität

*Wohlstand und Gerechtigkeit – Fragen zum
Verhältnis von Ethik und Ökonomie*

Diefenbacher, Hans

Universität Heidelberg, Alfred-Weber-Institut
für Wirtschaftswissenschaften

IV Governance

Datum: 05. September 2012

Zeit: 09:30 – 11:30

Ort: Halle C, ewerk

Welchen Orientierungsrahmen benötigt eine *Green Economy*? Inwieweit bedarf modernes Regierungshandeln neben einer hoheitlich-regulativen Steuerung der aktiven Einbeziehung von wirtschaftlichen Akteuren, Umweltorganisationen und Zivilgesellschaft? Wie kann man die kooperative Einbeziehung fördern und dafür Anreize setzen und Foren schaffen?

Die Umsteuerung zu einem wirklich umweltverträglichen Wirtschaften erfordert eine komplexe Architektur, gemeinsame Zielvorstellungen, verlässliche politische Rahmenbedingungen und Kooperationen innerhalb des Spektrums gesellschaftlicher Akteure, um die notwendigen Innovations- und Veränderungsprozesse voranzubringen. Denn erst langfristige umweltpolitische Zielvorgaben geben Unternehmen und Investoren die erforderliche Planungssicherheit. Welche Programme und rechtlichen Rahmenbedingungen sind erforderlich auf dem Weg zu einer *Green Economy*? Was benötigen andererseits Unternehmen, Beschäftigte, die Menschen als Konsumenten und Bürger, um sich in einem Prozess der Selbstorganisation hieran zu beteiligen?

Im Forum „Governance“ geht es um

- die Gestaltung der für eine Transformation notwendigen Ziele, Instrumente und Maßnahmen,
- die Rolle der verschiedenen Akteure, d. h. nicht nur um die Rolle von Staat und Politik, sondern auch um die Einbeziehung von Handlungspotenzialen anderer wichtiger Akteure und Organisationen, insbesondere aus Wirtschaft und Finanzen.

Das Forum soll unterschiedliche Perspektiven zusammenführen, offen und kritisch Fragen zu den Strategien und Hindernissen einer *Green Economy* stellen, um die angestrebten Veränderungen mit wissenschaftlicher Hilfe unterstützen zu können.

Workshop Moderation

Zieschank, Roland

FU Berlin, Projektleiter Forschungszentrum für Umweltpolitik

Impulsvorträge

Umweltpolitische Rahmenbedingungen für die Transformation in Richtung Green Economy

Brummer-Kohler, Anke

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Unterabteilungsleiterin für Grundsatzfragen

Anmerkungen zur Governance der Green Economy

Jänicke, Martin

FU Berlin

Podiumsdiskussion

Von Meyer, Heino

Leiter des OECD Berlin Centre

Brummer-Kohler, Anke

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Unterabteilungsleiterin für Grundsatzfragen,

Jänicke, Martin

FU Berlin

Defossé, Marc

Direktor Unternehmenskommunikation & Regierungsbeziehungen BASF-Gruppe / Gesellschafts- und Umweltpolitik

Höhn, Hilmar

Leiter der Verbindungsstelle der IG BCE in Berlin

Green Economy aus Sicht der Konferenzpartner

Ein „Bild“ der Green Economy entwickeln

Es ist wahrscheinlich, dass die Entwicklung zu einer *Green Economy* eines umfassenden Transformationsprozesses bedarf und Veränderungen in vielen Bereichen wirtschaftlichen Handelns notwendig werden. Es existieren jedoch bislang weder ein klares einheitliches Bild einer *Green Economy* noch die notwendigen Umsetzungsstrategien. Bei den jeweiligen Akteuren und Stakeholdern aus verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen existieren hierzu mitunter sehr unterschiedliche Konzepte und Vorstellungen.

Im Vorfeld der Konferenz „*Green Economy* – Ein neues Wirtschaftswunder?“ wurden daher Industrie- und Wirtschaftsverbände sowie NGOs und Gewerkschaften dazu eingeladen, als Partner der Konferenz ihre unterschiedlichen Sichtweisen einzubringen und das Konferenzprogramm mitzugestalten.

Auf den folgenden Seiten skizzieren diese Partnerorganisationen jeweils ihr „Bild“ einer *Green Economy*, indem sie die aus ihrer Sicht wichtigsten Ziele, Ansatzpunkte und Voraussetzungen für den Transformationsprozess herausstellen. Viele der in den „Bildern“ beschriebenen Aspekte betreffen die Handlungsfelder Finanzen, Produktion, Arbeit und Konsum. Offene Fragen, Chancen und Zielkonflikte, die hier sichtbar werden, gilt es in den jeweiligen Workshops aufzugreifen und kontrovers zu diskutieren, um daraus ein Gesamtbild einer *Green Economy* in Deutschland zu entwickeln.

Ein besonderer Dank gilt deshalb den folgenden Partnern, die mit großem Engagement die inhaltliche Gestaltung der Konferenz unterstützt haben und zahlreiche Moderatoren und Referenten gewinnen konnten:

- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
- Bundesverband deutscher Banken (bankenverband)
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)
- Deutscher Naturschutzring (DNR)
- Deutscher Städtetag
- Finanz-Forum: Klimawandel
- Germanwatch e.V.
- Stiftung 2°
- Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen
- Verein für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten e.V. (VFU)

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)



Green Economy gehört in das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung

Green Economy muss als ein Element der bestehenden Nachhaltigkeitsdiskussion verstanden werden. Dabei geht es um eine angemessene Balance der Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales und um den Umgang mit den daraus häufig resultierenden Interdependenzen und Zielkonflikten. Damit umschreibt er eine weltweite Wirtschaftsweise, bei der unter Berücksichtigung sozialer Auswirkungen Wachstum energieeffizient, ressourceneffizient, klimafreundlich und umweltschonend gestaltet wird. Für ein solches nachhaltiges Wirtschaftswachstum sind Innovationen, intakte Wertschöpfungsketten sowie Wachstum essentiell notwendig. Um den Prozessgedanken treffender zu adressieren, sollte besser von einem „Greening“ der Wirtschaft gesprochen werden. Dieser Prozess wird in Deutschland schon lange besprochen. Alle Bereiche der Wirtschaft befinden sich längst auf dem Nachhaltigkeitspfad, der gerade in Deutschland bereits zu beachtlichen Verbesserungen mit Blick auf Ressourceneffizienz, Energieeffizienz sowie Umwelt- und Klimafreundlichkeit geführt hat.

Green Economy braucht Industriesektoren entlang der gesamten Wertschöpfungskette

Der Erhalt bestehender Wertschöpfungsketten in Deutschland und an anderen Standorten ist von entscheidender Bedeutung für den Erfolg einer globalen *Green Economy*. Es sind nicht zuletzt auch die Innovationen auf der Ebene der Grundstoff- und energieintensiven Industrien, die maßgeblich zur Entwicklung energieeffizienter und umweltfreundlicher Produkte beitragen. Ohne sie wäre nachhaltiges Wirtschaftswachstum nicht vorstellbar. Es geht bei nachhaltiger Entwicklung immer um die Wirtschaft als Ganzes. In der Praxis sind alle Industriesektoren im Rahmen der Wertschöpfungsstufen eng miteinander verbunden und haben gleichermaßen Anteil am Gelingen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Ihre Innovationskraft basiert unter anderem auf laufenden industrie-eigenen FuE-Aufwendungen, die einen Anteil von fast 90% an den gesamten FuE-Aufwendungen der Wirtschaft ausmachen.

Bundesverband deutscher Banken, „Finanz-Forum: Klimawandel“, Verein für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten (VfU)

bankerverband

Finanz-Forum
KLIMAWANDEL



„Finanzen“ in der Green Economy

Welchen Beitrag leisten Kreditinstitute, Versicherer, Asset-Manager und weitere Finanzdienstleister zu einer beschleunigten Generierung und Diffusion von Innovationen für eine *Green Economy* sowie zu Risikomanagement und Anpassung an den Klimawandel?

Zu den wichtigen Aufgaben des Finanzsektors gehören die Finanzierung und Versicherung von Investitionen, Gütern und Dienstleistungen. In einer funktionierenden Marktwirtschaft trägt der Finanzsektor zu einer – gemessen an Rendite und Risiko – effizienten Allokation von Kapital bei. Dabei werden die Finanzdienstleister nicht zuletzt an ihrer Kompetenz gemessen, dass Verhältnis von Rendite und Risiko richtig einzuschätzen. An dieser Logik ändert auch der Weg in eine *Green Economy* zunächst nichts.

Neuartig sind allerdings die spezifischen technologischen, realwirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen, die Chancen und auch die Risiken, die mit dem Übergang zu einer *Green Economy* einhergehen. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten für Finanzdienstleister, mit dem Aufbau entsprechender Kompetenzen zum Gelingen dieser Transformation beizutragen.

Banken und Sparkassen wie auch Versicherungen stehen bereit, im Rahmen ihrer jeweiligen spezifischen Geschäftsfelder diesen Prozess konstruktiv mit zu gestalten und so die Finanzierung und Versicherung von neuen Technologien und Anwendungen zu ermöglichen. Nicht zuletzt in Folge von neuer Bankenregulierung und veränderter Refinanzierungssituation wird die klassische Rolle der Bank als Kreditgeber zunehmend durch die Funktion eines Problemlösers für Finanzierungsfragen ergänzt, z. B. Begleitung der Emission von Anleihen, Einbindung von Fördermitteln, Schaffung neuer Fonds- und Beteiligungsstrukturen für institutionelle Investoren und Bürger.

Die vielfältigen Herausforderungen auf dem Weg in eine *Green Economy* bedürfen der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und damit auch der Transparenz bzgl. der ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen des Handelns sowie der jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligten.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



Umfassender Nachhaltigkeitsansatz statt Nischendenken – Für ein neues Verständnis von „Green Jobs“

Wirtschaftliches Wachstum und wachsende ökologische Erfordernisse miteinander in Einklang zu bringen ist eine der zentralen Herausforderungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Dabei müssen auch die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt berücksichtigt werden. Das bisher gängige „Green Jobs“-Konzept wird diesem Anspruch nicht hinreichend gerecht.

„Green Jobs“ dürfen nicht auf die Produktion von Umweltschutzgütern und umweltorientierte Dienstleistungen verengt werden. Obgleich in der Umweltindustrie in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze entstanden sind, ist eine Unterscheidung zwischen Arbeitsplätzen in „alten“ Industrien und in vermeintlich fortschrittlicheren, „grünen“ Industrien weder gerechtfertigt noch zielführend: Einerseits werden damit die umfangreichen Bemühungen, Nachhaltigkeit in der Wirtschaft insgesamt zu stärken, konterkariert. „Green Jobs“ lassen sich nicht trennscharf von „traditionellen“ Wirtschaftszweigen abgrenzen, da Umweltschutz vor allem auch produkt- und prozessbezogen stattfindet – etwa durch Minimierung des Material- oder Energieeinsatzes. Andererseits wird ignoriert, dass die Umweltindustrie von Produkten und zum Teil zwangsläufig energieintensiven Vorleistungen anderer Branchen abhängig ist: Windenergie, Solartechnik oder energetische Gebäudesanierung sind ohne Stahlindustrie oder chemische Industrie undenkbar.

Statt einseitig bestimmte Branchen in den Fokus zu stellen und zu begünstigen, muss das „greening of the economy“ insgesamt in den Mittelpunkt gerückt werden. Nur so können Umweltschutzbemühungen zum Motor für Wachstum und Beschäftigung werden. Die Politik kann und muss durch berechenbare, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und eine verlässliche Energiepolitik die Grundlage dafür schaffen, dass Innovationen im Umweltschutz und ein effizienter Ressourceneinsatz in der Wirtschaft insgesamt befördert werden, ohne die industrielle Basis zu gefährden. Zentrale Voraussetzung, um das Know-How für beständige Produkt- und Prozessinnovationen zu generieren, sind mehr qualifizierte Fachkräfte vor allem im MINT-Bereich.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)



Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich bereits seit Beginn der 80er Jahre für eine Verbindung von Arbeit und Umwelt eingesetzt, um damit Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung gleichermaßen zu bekämpfen. Durch diese Verbindung wurden in den Bereichen Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung, Wassereinhaltung, Export von Umwelttechnologien, energetische Gebäudesanierung etc. Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen. Im Umweltbereich arbeiten mit ca. 2 Millionen Beschäftigten heute mehr Menschen als in der Automobilindustrie.

Seit dem Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Debatte um die *Green Economy* wieder neu entbrannt. Die „Vergrünung“ der Wirtschaft und der Übergang auf eine kohlenstoffarme Entwicklung werden seither in immer weiteren Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft als Königsweg gesehen, um die negativen Folgen der Krise zu überwinden. Die wieder zunehmende Kanalisierung von Investitionen in den Umweltbereich gilt dabei als wichtiges Mittel, um das verselbständigte Finanzkapital in die reale Wirtschaft zurück zu lenken und das Job Potenzial der *Green Economy* zu nutzen. Ergänzt werden die Umweltinvestitionen durch das steigende Investitionsvolumen zur Umsetzung der Energiewende.

Mit den Umwelt- und Energieinvestitionen können nicht nur neue Arbeitsplätze geschaffen und die Umweltbelastungen reduziert werden. Der Prozess kann auch zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen beitragen. Dies setzt jedoch voraus, dass der Staat einen ordnungsrechtlichen Rahmen setzt, der die Investitionen in die richtige Richtung lenkt. Regulierung ist wieder eine wichtige Voraussetzung, um die gesellschaftlich notwendigen Ziele zu erreichen. Selbst der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat in seinem Umweltgutachten 2012 ausdrücklich auf die Notwendigkeit der staatlichen Regulierung im Umweltbereich hingewiesen.

Die Gewerkschaften sehen sich daher in ihrer bisherigen Auffassung bestätigt: die grüne Wirtschaft darf nicht nur als neues Geschäftsfeld gesehen werden, sondern sie muss im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung organisiert und umgesetzt werden. Dies bedarf nicht nur der Regulierung auf nationaler Ebene, sondern es bedarf auch der Regulierung auf europäischer und internationaler Ebene. Die *Green Economy* wird keinen nachhaltigen Erfolg zeitigen, wenn gleichzeitig die WTO mit Vorschlägen zur Schaffung neuer Freihandelszonen auf den Plan tritt, um höhere Gewinne auch ohne Sozial- und Umweltstandards zu ermöglichen. Das Ziel, den richtigen Gedanken einer grünen Wirtschaft zu erhalten, muss sich daher auch in der Stärkung internationaler Strukturen für Umwelt und nachhaltige Entwicklung niederschlagen.

Umweltarbeitsplätze oder „Green Jobs“ sind nicht von vornherein gute Arbeitsplätze. Es ist daher unumgänglich, die neuen Arbeitsplätze in den Zukunftsbereichen mit guten Arbeitsbedingungen zu verknüpfen und gut zu entlohnen. Daneben muss aber auch die Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften beim Umweltschutz im Betrieb gestärkt werden, um das Innovationspotential der Arbeitnehmer in den Betrieben besser nutzen zu können. Dazu gehört eine Verbesserung des Informationszugangs der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ebenso wie eine bessere Qualifizierung der Arbeitnehmer für die anstehenden Zukunftsaufgaben. Nur unter diesen Bedingungen wird die *Green Economy* den Anforderungen der Nachhaltigkeit gerecht, schafft sie gute Arbeit, hilft sie Arbeitslosigkeit zu reduzieren, verbessert sie die Arbeits- und Lebensbedingungen und dient der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)



Green Economy stellt zurecht die Wirtschaft in den Mittelpunkt für eine nachhaltige Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Nur wirtschaftliches Wachstum inspiriert Unternehmen zu einem effizienten technischen Fortschritt, zum Beispiel in Form von Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz.

Ein intelligenter Ordnungsrahmen muss Motivation zu eigenverantwortlichem Handeln erzeugen, anstatt Unternehmen zu bevormunden. Staatliches Anmaßen von Wissen, wie eine „Ökologische Industriepolitik“ mit einem staatlich verordneten Umbau der Industriegesellschaft, führt zu einer Überforderung und bremst wirtschaftliches Wachstum. Ziel ist vielmehr eine ökonomische Umweltpolitik. Dabei ist nur mit dem Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit eine nachhaltige Umweltpolitik machbar und finanzierbar. Vor allem Investitionen in Forschung und Bildung sollten erleichtert werden, denn hierin liegt die zukunftsweisende Antwort.

Eine Einteilung in „saubere“ und „schmutzige“ Technologien ist nicht hilfreich und greift zu kurz. Auch für eine *Green Economy* würde gelten: Stahlwerke werden auch noch übermorgen benötigt. Und allein mit Energieeinsparungen und der Entwicklung materialeffizienter Produkte sind die aktuellen Probleme, wie zum Beispiel die gegenwärtige EU-Schuldenkrise, nicht zu lösen.

Offene Märkte – national und international – sind die besten Voraussetzungen für mehr Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung und Umweltschutz auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Und letztlich kann hieraus eine Win-Win-Situation werden: Für die deutsche Wirtschaft durch die Stärkung und den Ausbau des hiesigen Umwelt-Know-hows und global durch einen kosteneffizienten Umwelt- und Klimaschutz.

Deutscher Naturschutzring (DNR)



Green Economy heißt Umbau

Zwei Begriffe, die eng zusammenhängen, haben in den letzten Jahren Karriere gemacht, ohne eine durchschlagende Bedeutung zu bekommen: Nachhaltigkeit und *Green Economy*. Sie kommen aus der ökologischen Debatte, müssen vor dem Hintergrund von Klimawandel, Peak-Oil und Verlust der Biodiversität gesehen werden, bzw. sich daran messen lassen, wie sie die Naturvergessenheit überwinden. Aber weil damit unbequeme Wahrheiten verbunden sind, wird insbesondere die Leitidee der Nachhaltigkeit oft beliebig benutzt und inhaltlich entleert.

Was wir heute erleben, geht über die bekannten Krisen der letzten Jahrzehnte hinaus. Wir erleben das Ende einer Epoche, das sich seit Ende der 1970er-Jahre aufbaut. Seitdem werden die Grenzen des Wachstums immer deutlicher, nicht nur der ökologischen, sondern auch der sozialen und ökonomischen Grenzen. Zugleich wurde die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats, der die soziale Marktwirtschaft ermöglicht hat, durch die Globalisierung deutlich geschwächt. Um dennoch zu höheren Wachstumsraten zurückzukehren, kam es zu Neoliberalismus und zur Dominanz der Finanzmärkte. Es setzte sich eine Ökonomie der Kurzfristigkeit durch, das Gegenteil der Nachhaltigkeit.

Vor diesem Hintergrund ist die *Green Economy* keine Ergänzung der bisherigen Wirtschaftsform, sondern erfordert einen weitreichenden Umbau, der Effizienz, Suffizienz und Konsistenz umfasst. Es geht nicht um ein sowohl als auch, sondern um ein entweder – oder. Die *Green Economy* muss nachhaltig sein und gegen altes Denken und starke Interessen durchgesetzt werden. Entscheidend ist das Innovationsverständnis. Wir orientieren uns an der Theorie von Schumpeter von 1939 in den "Konjunkturzyklen". Dabei geht es nicht nur um einzelne technische oder ökonomische Innovationen, sie müssen eingeordnet sein in einen grundlegenden Modernisierungsprozess in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, der vom Bildungssystem über die staatlichen Institutionen bis zur Finanzreform reicht. Dann werden Nachhaltigkeit und *Green Economy* konkret gefüllt und eine "Ökonomie des Vermeidens" möglich.

Deutscher Städtetag (DST)



Die Kommunen engagieren sich nicht erst seit dem Rio 21-Agenda-Prozess für Klimaschutz, Schutz der Bürgerinnen und Bürgern vor negativen Umwelteinwirkungen, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Sicherstellung einer umweltverträglichen Mobilität und damit auch die Förderung von *Green Economy* im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Der Deutsche Städtetag (DST) setzt sich seit längerem für eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in den Städten ein, wie beispielsweise im Jahr 2004 in einer Handreichung für seine Mitgliedsstädte mit vielen praktischen Beispielen.

In den Städten gibt es vielfältige Projekte und Maßnahmen für die Förderung der *Green Economy*. Dies reicht von der Beratung und Unterstützung von Handwerk und Unternehmen bei der Einsparung von Energie, über den Schutz natürlicher Ressourcen, wie insbesondere Boden und Wasser, bis hin zur Neugründung und Ansiedlung von Gewerbebetrieben, die umweltverträgliche Produkte und Dienstleistungen entwickeln und vermarkten. Zudem fördern die Städte in ihren Unternehmen nachhaltiges Wirtschaften und haben ihre Beschaffungspolitik verstärkt auf nachhaltige Produkte und Dienstleistungen ausgerichtet. Durch eine branchenorientierte Wirtschaftsförderung haben sich in einigen Städten entsprechende Cluster der *Green Economy* herausgebildet.

Die Kommunen verfolgen einen ganzheitlichen und sektorenübergreifenden Ansatz nachhaltiger Kommunalpolitik. Daher werden insbesondere an Hochschulstandorten der enge Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft durch die Kommunen gefördert, um neue Potenziale umweltfreundlichen Wirtschaftens zu fördern und Informationsaustausch und Netzwerkbildung auch im Bereich der *Green Economy* zu etablieren. Um die *Green Economy* weiter zu befördern, betreiben Kommunen mit der Wirtschaft gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit über die Vorteile des umweltverträglichen Wirtschaftens, schreiben Wettbewerbe aus und führen Modellvorhaben zu verschiedenen Projekten der nachhaltigen Stadtentwicklung durch.

Germanwatch



Die multiplen Krisen der letzten Jahre haben zweierlei vor Augen geführt: zum einen die ökologischen Grenzen unseres Planeten, zum anderen die Unnachhaltigkeit des derzeitigen Wirtschafts- und Wachstumsmodells. Mit Blick auf die Sicherung unserer Lebensgrundlagen ist es keine offene Option mehr, das Wirtschaften in grüne Bahnen zu lenken – die Frage ist nur noch das „wie“. Was muss beachtet werden, damit es tatsächlich zu einer Abkehr von (z. B. nuklearen und fossilen) Risikotechnologien kommt, und nicht nur zu einer grünen Etikettierung des Business-as-Usual?

Zuallererst darf eine Grüne Wirtschaft nicht als Selbstzweck verstanden werden. Vielmehr muss sie den Anstoß geben für eine „Große Transformation“ in Richtung Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit. Systemisch vorgegebene Einbettungen müssen beachtet werden: die des Finanzmarkts in die Realwirtschaft, die des Wirtschaftssystems in die Gesellschaft, und die des Gesellschaftssystem in die ökologische Mitwelt. Deshalb ist eine *Green Economy*, die die soziale und gesellschaftliche Dimension nicht berücksichtigt, zu kurz gegriffen. Darum sprechen wir von einer „Green AND Fair Economy“. Auf dem Weg hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise müssen sowohl ökologische Leitplanken – wie das Zwei-Grad-Limit bzgl. der Erderwärmung – als auch soziale und gerechtigkeitsorientierte Leitplanken, allen voran die Menschenrechte, berücksichtigt werden.

Ein dreidimensionaler Ansatz kann die Implementierung einer „grünen“ und „fairen“ Wirtschaft vorantreiben.

Handeln: Progressive Akteure (Staaten, Unternehmen, etc.) müssen eine Vorreiterrolle einnehmen und das tun, was ihnen ohne jegliche Konditionalität möglich und sinnvoll erscheint. Bestes Beispiel hierfür ist die deutsche Energiewende, die bei Gelingen einen weltweiten positiven Dominoeffekt auslösen könnte.

Verhandeln: In einer globalen Welt müssen gemeinsame Limits und Rahmensetzungen immer wieder neu ausgehandelt werden. Internationale Verhandlungen dienen außerdem dazu, den sonst nicht gehörten ärmsten und verwundbarsten Staaten eine Stimme zu geben.

Allianzen: Schließlich muss es immer wieder Allianzen zwischen progressiven Akteuren geben, die das Handeln und Verhandeln dynamisieren.

Stiftung 2°



Als einzige deutsche Umweltstiftung, die von tragenden Führungspersönlichkeiten der deutschen Wirtschaft initiiert wurde, arbeitet die Stiftung 2° an Konzepten für eine kohlenstoffarme Volkswirtschaft. Die Harmonisierung von ökonomischem Erfolg und klima- und umweltgerechtem Verhalten hat für die Stiftung 2° und die sie unterstützenden Unternehmen hohe Priorität. Aus Sicht der Stiftung 2° ist kohlenstoffarmes Wachstum und damit eine grüne Ökonomie möglich. Langfristig gewinnbringendes Wirtschaften ist eben kein Widerspruch zu einer gesunden Ökologie, sondern eine intakte Umwelt ist die Grundvoraussetzung für dauerhaft erfolgreiches Wirtschaften.

Konzeptionell muss eine grüne Ökonomie global gefasst werden. Erste Projekte der Stiftung 2° und der sie tragenden Unternehmen haben gezeigt, dass die Potentiale für umweltverträgliches Wirtschaften häufig zum größeren Teil in deren Beschaffungs- und Lieferketten liegt und damit häufig außerhalb Deutschlands.

Diese Möglichkeiten müssen erschlossen und weiter forciert werden, um eine global funktionierende grüne Ökonomie als internationales Gemeinschaftswerk zu erreichen. Um ein globales Umdenken bewirken zu können, müssen Deutschland und Europa als Vorbilder auf internationaler Ebene vorangehen und zeigen, dass ein klimaverträgliches Wohlstandsmodell machbar ist und ambitionierter Klimaschutz und internationale Wettbewerbsfähigkeit sich nicht gegenseitig ausschließen. Der Wille zur Veränderung und auch das notwendige Know-How sind in vielen deutschen Unternehmen bereits vorhanden. Das notwendige Regelwerk und eventuelle Veränderungen in der Gestaltung der internationalen Märkte müssen gemeinsam von Politik und Wirtschaft gefunden und gestaltet werden.

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen



„Green Economy – Herausforderungen für ein neues Wirtschaften aus Konsumentensicht“

Die Abschlussdeklaration des Rio+20 Gipfels enthält ein Bekenntnis zu einem Kurswechsel hin zu einer Grünen Ökonomie. Um diesen Weg erfolgreich zu beschreiten und konkrete Wege zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft und Wirtschaft aufzuzeigen und umzusetzen, liegt eine besondere Verantwortung bei den wohlhabenden Ländern und der Zivilgesellschaft. Eine Konzeption für eine zukunftsfähige Grüne Ökonomie und ein umfassender Fahrplan existieren jedoch derzeit noch nicht.

Wenn *Green Economy* kein theoretisches Schlagwort bleiben soll, müssen sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf ein neues Verständnis von nachhaltigkeitsorientiertem, „grünen“ Wirtschaften verständigen. Dieses grüne Wirtschaften – Produzieren wie Konsumieren – muss sich die Fragen von Wachstum, Wohlstand und Effizienz neu stellen. Immer mehr produzieren und konsumieren wollen wird die Grenzen unseres Planeten sprengen.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Sie ist aber in weiten Teilen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht angekommen, wird nicht akzeptiert oder ignoriert.

Notwendig ist ein offener Diskurs über die sich daraus ableitenden Forschungs-, ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen, die zügig angegangen werden müssen.

Unerlässlich ist es, alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen. Nachhaltigkeitsforschung muss dabei ökonomische und insbesondere sozial-ökologische Fragen im Kontext aller betroffenen Akteure in den Blick nehmen.

Forschung und Bildung für mehr nachhaltiges Verbraucherbewusstsein allein reichen nicht aus, wenn gleichzeitig die Rahmenbedingungen und Vorgaben für Politik und Wirtschaft intransparent und aus Sicht der Zivilgesellschaft unzureichend oder unverständlich sind.

Grünes Wirtschaften muss deshalb im Sinne einer „Großen Transformation“ entwickelt werden: es sind klare politische Rahmenbedingungen zu setzen, die Rolle der Unternehmensverantwortung ist neu zu gewichten. Nicht zuletzt muss Grünes Wirtschaften sozial gerecht sowie global und lokal fair gestaltet werden.

Verein für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten (VfU)



Green Economy aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Für den Weg hin zur sozial und ökologisch ausgewogenen Marktwirtschaft, also einer *Green Economy*, müssen über status-quo-bezogene Compliance hinaus weitergehende Ziele, Standards und Indikatoren präzisiert und messbar gemacht werden. Und die Transparenz ihrer Einhaltung muss erhöht werden. Für Finanzdienstleister (FD) ergibt dies ein Bild, bezogen auf ihre Stakeholder:

- FD machen transparent, in welche Anlageformen, in welche Projekte und an welche Kreditnehmer die ihnen anvertrauten Gelder fließen (Aktivgeschäft). Und welche ökonomischen, sozialen und ökologischen Standards und Kriterien dabei berücksichtigt werden. Die staatlichen Steuer- und Anreizsysteme orientieren sich dann außer an Umsatz- und Gewinndaten stärker an diesen sozialen und ökologischen Kriterien. Erste Voraussetzung hierfür ist eine um Nachhaltigkeitskriterien, also um soziale und ökologische Informationen erweiterte Berichterstattung, intern wie extern.
- Um die Anlagepolitik und die zugehörigen Kriterien auch dem Anleger und Kunden transparent und ihm eine eigenständige Entscheidung möglich zu machen (Passivgeschäft), sind die Berater am Kunden, insbesondere im Retail, hierüber informiert und motiviert. Auch in allen anderen Funktionsbereichen – in der Produktentwicklung, im Assetmanagement, im Controlling etc.- und auf allen Hierarchieebenen gehört die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien ebenso wie die Wahrnehmung von ökonomischen Indikatoren zum Alltagsgeschäft und ist laufbahnrelevant.
- Lieferanten und sonstige Geschäftspartner machen neben Preis, Qualität und Zuverlässigkeit auch die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards sichtbar und werden danach ausgewählt.

Zu den selbstverständlichen „Hausaufgaben“ der FD gehört die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards im eigenen Hause, d. h. dies zu messen, zu „controllen“, einem permanenten Optimierungsprozess zu unterstellen und auch hierüber intern wie extern zu berichten.

Instrumente eines um Nachhaltigkeitsaspekte erweiterten internen Controlling sind derzeit vielfach in der Entwicklung, auch solche der externen Berichterstattung (z. B. GRI, Nachhaltigkeitsrating, VfU-Indikatoren, E-DRS 27), auch Richtlinien und Standards (Global Compact, Equator Principles, UN PRI etc.). Für FD wird es in den kommenden Jahren darauf ankommen, diese Instrumente konsequenter umzusetzen, als strategische Instrumente der dauerhaften, d. h. nachhaltigen Sicherung des Unternehmensbestandes. Für die öffentliche Hand und den Gesetzgeber wird es darauf ankommen, die bisherige Vielfalt von Kriterien und Standards zu verdichten, die Transparenz der Einhaltung dieser Kriterien und Standards zu erhöhen (Stichwort: integrierte Berichterstattung) und die staatlichen Möglichkeiten der Steuerung – Anreize wie Sanktionen – an Hand der berichteten und geprüften Nachhaltigkeitskriterien konsequenter zu nutzen.

Programmübersicht

Dienstag, 4. September 2012

09:00 – 10:15 **Registrierung**

10:15 – 12:00 **Eröffnung (Halle F)**

Green Economy – ein neues Wirtschaftswunder?

Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung

Green Economy – eine Strategie für nachhaltiges Wachstum

Peter Altmaier, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Keynote

Green Economy – Chancen für Deutschland

Barbara Kux, Mitglied des Vorstands der Siemens AG,

Chief Sustainability Officer und Leitung Supply Chain Management

Keynote

How Germany is Leading the Way to a Third Industrial Revolution

Jeremy Rifkin, The Foundation on Economic Trends (USA)

Moderation

Monika Seynsche, Wissenschaftsjournalistin

12:00 – 13:30 **Mittagessen**

13:30 – 15:00 **Parallele Workshops zu Rahmenbedingungen**



A1 Finanzen (Halle F1)



B1 Produktion (Halle F2)



C1 Arbeit (Halle C)



D1 Konsum (Skylounge)

15:00 – 15:30 **Kaffeepause**

15:30 – 17:00 **Parallele Workshops zu Forschungsfragen**



A2 Finanzen (Halle F1)



B2 Produktion (Halle F2)



C2 Arbeit (Halle C)



D2 Konsum (Skylounge)

17:00 – 17:30 **Kaffeepause**

Programmübersicht



- 17:30 – 18:00 Podiumsdiskussion (Halle F)**
Ergebnisse der Workshops
- Moderation**
Monika Seynsche, Wissenschaftsjournalistin
- 18:00 – 18:30 Keynote (Halle F)**
Green Economy nach Rio+20
Achim Steiner, Exekutivdirektor UNEP
- 19:30 – 21:30 Conference Dinner (Halle C)**

Mittwoch, 5. September 2012

- 09:00 – 09:30 Keynote (Halle F)**
Die Atmosphäre als Global Common: Von der Tragödie zum Drama
Ottmar Edenhofer, stellv. Direktor und Chefökonom PIK
- 09:30 – 11:30 Parallele Workshops**
-  I Energie/Klima (Halle F1)
 -  II Ressourcen (Halle F2)
 -  III Wohlstand/Gerechtigkeit (Skylounge)
 -  IV Governance (Halle C)
- 11:30 – 12:30 Podiumsdiskussion (Halle F)**
- Georg Schütte, Staatssekretär im BMBF
Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband
Ottmar Edenhofer, stellv. Direktor und Chefökonom des PIK
Peter Höppe, Munich Re, Ko-Vorsitzender „Finanzforum: Klimawandel“
Max Schön, Unternehmer, Vorsitzender Stiftung 2 Grad
Detlef Wetzel, 2. Vorsitzender der IG Metall
Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des BUND
- Moderation**
Monika Seynsche, Wissenschaftsjournalistin
- 12:30 – 14:00 Mittagessen/Ausklang**

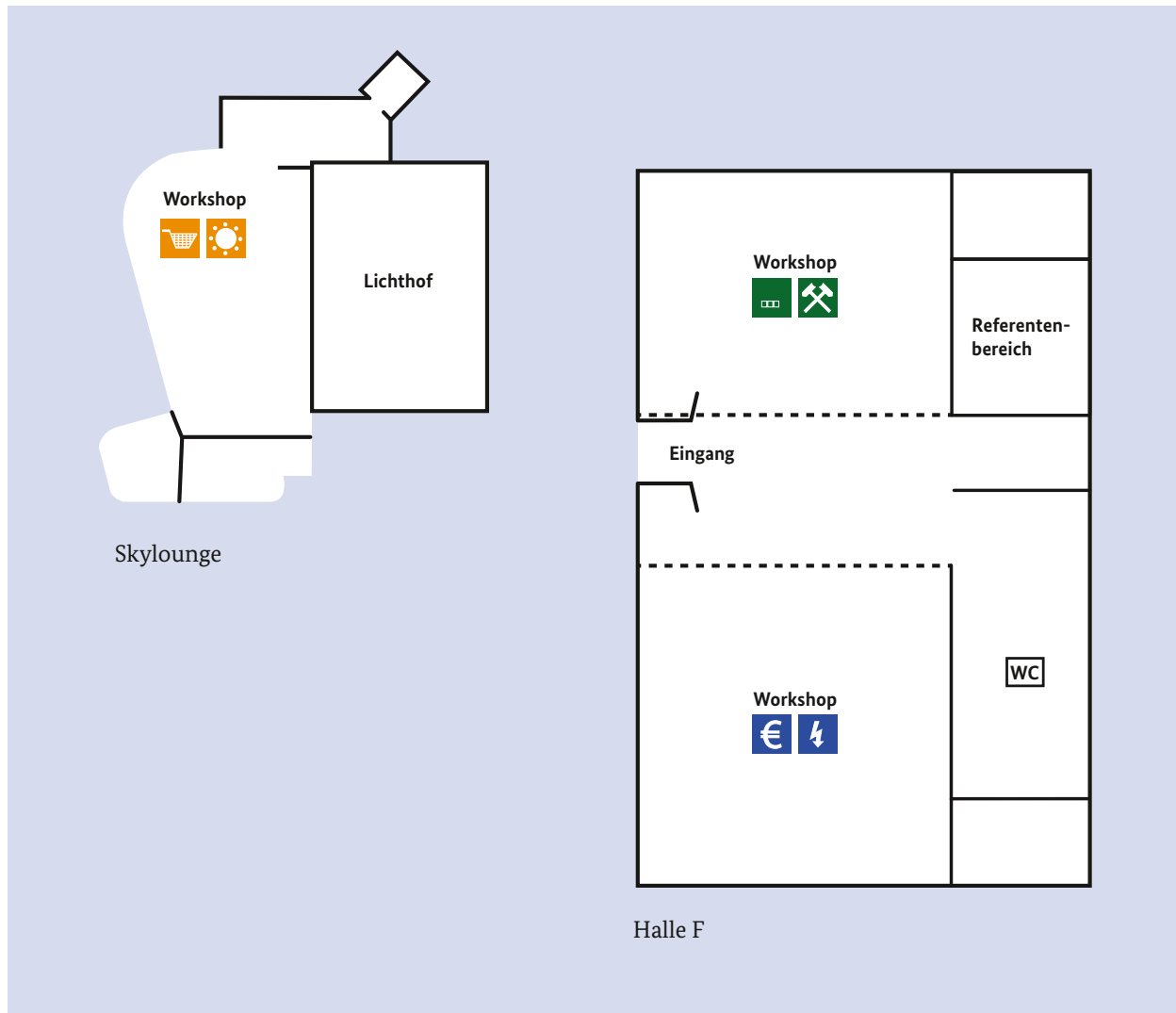
Lageplan



-  C1/C2 Arbeit
-  IV Governance

Adresse:
ewerk GmbH
Wilhelmstraße 43
10117 Berlin

Lageplan



Dienstag, 4. September 2012

- € A1/A2 Finanzen
- 🏭 B1/B2 Produktion
- 🛒 D1/D2 Konsum

Mittwoch, 5. September 2012

- ⚡ I Energie/Klima
- 🛠️ II Ressourcen
- 👤 III Wohlstand/Gerechtigkeit

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Grundsatzfragen Nachhaltigkeit, Klima, Energie
53175 Bonn

Redaktion

Zukünftige Technologien Consulting der VDI Technologiezentrum GmbH

Gestaltung

www.familie-redlich.de, www.kompaktmedien.de

Druckerei

www.trigger.de

Bonn, Berlin 2012

Bildnachweis

shutterstock (Titel)

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

